



Nr. 324 | 20.02.2024

Polen-Analysen

Schwieriger politischer Neuanfang – die Regierung Tusk vor Herausforderungen

■ ANALYSE	
Politischer Umbruch in Polen: Demokratischer Reset mit Hindernissen Stefan Garsztecki, Technische Universität Chemnitz	2
■ DOKUMENTATION	
Exposé des Ministerpräsidenten Donald Tusk, 12. Dezember 2023	8
Koalitionsvertrag zwischen der Bürgerkoalition, dem Bündnis Dritter Weg und Die Neue Linke, 10. November 2023	10
■ UMFragen	
Die politische Stimmung in der polnischen Bevölkerung	13
■ CHRONIK	
06. – 19. Februar 2024	14

Politischer Umbruch in Polen: Demokratischer Reset mit Hindernissen

Stefan Garsztecki, Technische Universität Chemnitz

DOI: 10.31205/PA.324.01

Zusammenfassung

Die neue polnische Regierung konnte trotz des klaren Wahlsieges der Opposition nur mit Verzögerung gebildet werden. Seitdem ist sie mit einer Vielzahl politischer, institutioneller und rechtlicher Herausforderungen konfrontiert, die aus der Politik der Vorgängerregierung resultieren. Die anhaltende scharfe politische Auseinandersetzung mit der Partei Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS), juristische Probleme bei der Rücknahme der Justizreform der PiS oder bei der Entpolitisierung der öffentlich-rechtlichen Medien und die starke institutionelle Stellung des PiS-nahen Präsidenten Andrzej Duda erschweren einen politischen Neuanfang. Demgegenüber sind neue Akzente in der Außenpolitik, verbunden mit einer Stärkung der polnischen Position in der EU und einem Reset in den deutsch-polnischen Beziehungen, leichter umzusetzen, aber hier sind zunächst lediglich Ansätze erkennbar. Innenpolitisch dürfte der Konflikt zwischen der Regierung und der PiS als stärkster Oppositionspartei nicht zuletzt aufgrund der anstehenden Kommunal- und Regionalwahlen und der Wahlen zum Europaparlament in diesem Frühjahr anhalten. Ein innenpolitischer Kompromiss ist vorerst nicht in Sicht.

Start mit politischem Konflikt – Sejm und Senat ohne PiS-Marschälle

Die Übernahme der Regierungsverantwortung durch die Opposition nach ihrem Sieg in den Parlamentswahlen am 15. Oktober 2023 erwies sich aufgrund politischer, institutioneller und rechtlicher Herausforderungen als ausgesprochen schwierig. Wahlsieger waren die Bürgerkoalition (Koalicja Obywatelska – KO) um ihren Spitzenkandidat Donald Tusk, den ehemaligen Präsidenten des Europäischen Rates (2014–2019) und mehrfachen Ministerpräsidenten Polens (2007–2014), das Bündnis Dritter Weg, bestehend aus der Partei Polen 2050 um den Publizisten Szymon Hołownia und der Polnischen Bauernpartei (Polskie Stronnictwo Ludowe – PSL) um ihren Vorsitzenden Władysław Kosiniak-Kamysz, und die Neue Linke (Nowa Lewica) mit ihren Vorsitzenden Robert Biedroń und Włodzimierz Czarzasty. Sie alle hatten sich bereits vor den Wahlen auf eine Koalitionsregierung verständigt, um nach acht Jahren die Partei Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) um ihren Vorsitzenden Jarosław Kaczyński von der Macht abzulösen und den Marsch in die illiberale Demokratie aufzuhalten. Das Artikel 7-Verfahren der Europäischen Union, das diese wegen der Verletzung des Rechtsstaatsprinzips bereits vor Jahren gegen Polen eingeleitet hatte, ist beredter Ausdruck des politischen Wandels in Polen seit der Machtübernahme durch die PiS im Herbst 2015 und führt bis heute zu einer Blockade der Kohäsionsmittel und der Mittel aus dem Aufbau- und Resilienz-fazilitätsfonds (ARF) der EU für Polen nach der Covid-Pandemie. Insgesamt sind dadurch rund 75 Milliarden Euro aus den Kohäsionsfonds und rund 35 Milliarden Euro aus dem ARF für Warschau blockiert.

Die angeführten politischen Herausforderungen waren dabei weniger mit der Abstimmung zwischen den zukünftigen Regierungsparteien verbunden. Zwar entschloss sich die Partei Linke Gemeinsam (Lewica Razem) um ihren Vorsitzenden Adrian Zandberg, deren Kandidaten auf der Liste der Neuen Linken in den Sejmwahlen kandidiert hatten, nach der Wahl, der Koalition nicht beizutreten, aber die Mehrheit der Bürgerkoalition, des Dritten Weges und der Neuen Linken war auch ohne die sieben Abgeordneten der Partei Linke Gemeinsam mit 241 ausreichend, um eine neue Regierung im 460 Abgeordnete umfassenden Sejm zu wählen.

Die erste politische Hürde, welche die neue Regierung zu nehmen hatte, war das Zusammenspiel mit der PiS als Oppositionspartei, die ihre Wahlniederlage nicht bereit war zu akzeptieren. Dabei wurde sie in hohem Grade von Präsident Andrzej Duda unterstützt, der aus den Reihen der PiS kommt und bis zu seiner ersten Wahl zum Präsidenten im Frühjahr 2015 PiS-Abgeordneter im Sejm (2011–2014) und im Europäischen Parlament (2014–2015) war. Häufig ist nun von einer totalen Opposition seitens der PiS der Rede. Diese Formulierung stammt allerdings aus der vorherigen Periode. Damals sprach Grzegorz Schetyna, der damalige Vorsitzende der größten Oppositionspartei Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO; sie ist die größte Partei der aktuell aus vier Parteien bestehenden Bürgerkoalition), von einer »totalen Opposition« angesichts des Agierens der damaligen Regierungspartei PiS. Diese Wortwahl kehrte nach dem Wahlsieg der Opposition nach den Parlamentswahlen vom Herbst 2023 zurück, als sich in den Reihen der PiS der Eindruck verstärkte, als stärkste Partei um den Wahlsieg betrogen worden zu sein.

Die Empörung auf Seiten der PiS und das allgemeine Hochschaukeln der politischen Stimmungslage entzündete sich vor allem an der Wahl der stellvertretenden Parlamentspräsidenten (Sejmmarschälle). Die von der PiS vorgeschlagene bisherige Parlamentspräsidentin Elżbieta Witek war für die neue Mehrheit nicht akzeptabel und sie fiel daher bei der Wahl durch. Die bisherige Opposition warf ihr insbesondere vor, dass sie als Parlamentspräsidentin im Jahr 2019 eine Abstimmung über die Wahl von Sejmmitgliedern in den Landesjustizrat (Krajowa Rada Sądownictwa – KRS) wiederholen ließ, da die PiS ihre Kandidaten vorgeblich aufgrund technischer Probleme mit dem Abstimmungsgerät nicht durchbrachte. Unter Verletzung der Vorschriften wurde die Wahl wiederholt und die PiS-Kandidaten kamen in den KRS. Auch andere Abstimmungsniederlagen für die PiS verhinderte Witek als Parlamentspräsidentin durch Wahlwiederholungen, so dass die neue Parlamentsmehrheit nun bei der konstituierenden Sejmsitzung am 13. November 2023 Elżbieta Witek die Zustimmung verweigerte. Im Ergebnis hat die PiS bis heute keinen Vertreter im Sejmpräsidium und hält an der Kandidatur von Frau Witek fest. In den vorherigen Parlamentsperioden, in denen die PiS über die Mehrheit verfügte, wurden hingegen Kandidaten der Opposition für das Amt des Vizemarschalls auch von der PiS unterstützt: So stimmten 202 von 235 PiS-Abgeordneten am 12. November 2019 für die Wahl von Małgorzata Kidawa-Błońska von der Bürgerplattform zur Vizepräsidentin. Auch die Wahl von Marek Pęk (PiS) zum stellvertretenden Senatsmarschall bei der konstituierenden Sitzung des Senats am 27. November 2023 gelang nicht. Vertreter des Regierungslagers warfen ihm vor, dass er in der vorherigen Senatsperiode Senatoren der damaligen Opposition im Juli 2023 auf Twitter als russische Agenten bezeichnet hat. Dafür wurde er von der Ethikkommission des Senats gerügt und im November 2023 nicht zum Vizemarschall des Senats gewählt, obgleich er dieses Amt in der vorherigen Kadenz bereits innegehabt hatte. Wie im Sejm hat die PiS damit auch im Senat keinen eigenen Vizemarschall. Ein Kompromiss ist in beiden Fällen vorläufig nicht in Sicht, auch da die PiS mit Blick auf die anstehenden Wahlen zu den kommunalen und regionalen Vertretungen in Polen am 7. April und den Wahlen zum Europaparlament am 9. Juni dieses Jahres die Konfrontation mit der Regierung als Strategie zur Mobilisierung der eigenen Wähler erkoren hat und der Regierung fehlende parlamentarische Kultur vorwirft.

Präsident Duda schöpft den verfassungsrechtlichen Zeitrahmen aus

Zu dem fundamentalen politischen Konflikt zwischen neuer Regierung und Opposition tritt ein institutionelles Problem. Dem polnischen Präsidenten kommt bei

der Regierungsbildung nach der Verfassung eine wichtige Rolle zu. Er beruft innerhalb von vier Wochen die erste, konstituierende Sitzung des Sejm ein und hat im Anschluss noch zwei Wochen Zeit, um einen Ministerpräsidenten zu designieren. Präsident Duda nutzte letztlich die in der Verfassung vorgegebenen Fristen nahezu vollends aus. Der neue Sejm trat damit erst am 13. November zusammen und als Ministerpräsident wurde der bisherige Amtsinhaber Mateusz Morawiecki (PiS) am 14. November vom Präsidenten mit der Regierungsbildung beauftragt, obgleich er angesichts von lediglich 194 PiS-Abgeordneten keinerlei Aussichten hatte, eine Mehrheit im Sejm hinter sich zu bringen, da alle anderen im Sejm vertretenen Parteien Gespräche über eine Regierungsbildung ablehnten. In der Begründung verwies der Präsident darauf, dass er den Vertreter der stärksten Parlamentspartei traditionsgemäß ausgewählt habe, er hätte aber auch direkt Donald Tusk (KO) designieren können, so dass man den Eindruck gewinnen konnte, dass der Präsident hier der PiS entgegkam und der abtretenden Regierung mehr Zeit einräumte, den Übergang in ihrem Sinne zu planen. Erwartungsgemäß scheiterte das Vertrauensvotum des designierten Ministerpräsidenten Morawiecki im Sejm am 12. Dezember und noch am gleichen Abend wurde Donald Tusk von 248 Abgeordneten, alle Mitglieder der neuen Regierung einschließlich der sieben Abgeordneten der Partei Linke Gemeinsam, zum Ministerpräsidenten gewählt. Der Präsident nahm dem Ministerpräsidenten und seinen Ministern am 13. Dezember 2024 dann den Amtseid ab, ein symbolisches Datum, da am 13. Dezember 1981 in Polen das Kriegsrecht verhängt worden war. Die neue Regierung wird in den Augen geschichtsbewusster Polen damit in den Kontext eines Unrechtsregimes gestellt.

Rechtliche Herausforderungen bei der Wiederherstellung der Rechtsstaatlichkeit

Schließlich steht die neue Regierung auch vor einem Berg rechtlicher Probleme. Der neue Ministerpräsident Tusk hatte bereits in seinem Exposé am 13. Dezember 2023 verkündet, dass dem Recht und der Rechtsstaatlichkeit eine außerordentlich große Rolle zukomme. Zugleich hat sich die neue Koalition auf die Fahnen geschrieben, die Justizreformen der PiS aus dem Jahr 2017, denen von der Opposition und auch seitens der EU eine Verletzung des Prinzips der Rechtsstaatlichkeit vorgeworfen wurde, wieder rückgängig zu machen. Dabei geht es nicht nur um die Einhaltung des Prinzips der Rechtsstaatlichkeit, sondern auch um die Freigabe der blockierten Kohäsionsmittel und der Gelder aus dem Aufbau- und Resilienzfazilitätsfonds. Hinsichtlich der Wiederherstellung der Rechtsstaatlichkeit sind eine Reihe von Problemen zu behandeln: Erstens wird die Zusammensetzung des Landesjustizrates, von dessen 25

Mitgliedern seit einer Novelle Ende 2017 15 vom Sejm gewählt werden und der seitdem unter der Kontrolle der PiS steht, als problematisch erachtet. Da der Landesjustizrat für die Auswahl der Richter zuständig ist, wird die Novelle von 2017 von der Mehrheit der Juristen und Vertretern der damaligen Opposition als Angriff auf die Unabhängigkeit der Justiz betrachtet. Die Amtszeit des Landesjustizrates beträgt allerdings vier Jahre bzw. im Fall der Mitgliedschaft *ex officio*, des Präsidenten des Obersten Gerichts, des Obersten Verwaltungsgerichts und des Justizministers, solange, wie sie im Amt sind. Beim Präsidenten des Obersten Gerichts und im Fall des Präsidenten des Obersten Verwaltungsgerichts beträgt die Amtszeit jeweils sechs Jahre. Die Amtszeit der 2014 vom damaligen Präsidenten Bronisław Komorowski (PO) zur Präsidentin des Obersten Gerichts bestellten Małgorzata Gersdorf hätte demnach regulär 2020 geendet, aber ein neues, mit PiS-Mehrheit verabschiedetes Gesetz über das Oberste Gericht aus dem Jahr 2018 führte eine Altersgrenze ein und beendete somit faktisch die Amtszeit von Frau Gersdorf vorzeitig. Aber weder Gersdorf selbst noch die Mehrheit der polnischen Juristen erkennt diese Amtszeitverkürzung und auch die Bestellung von Małgorzata Manowska als Nachfolgerin durch den Präsidenten im Mai 2020 an. Frau Manowska hatte in der Vollversammlung des Obersten Gerichts unter fünf Kandidaten mit 25 Stimmen lediglich das zweitbeste Ergebnis hinter Włodzimierz Wróbel (50 Stimmen) erzielt, war aber dennoch vom Präsidenten bestellt worden. Auf den Internetseiten des Obersten Gerichts wird gegenwärtig Manowska als Präsidentin des Gerichts geführt, auf den Seiten des Landesjustizrates allerdings immer noch Gersdorf! Hinzu kommt das Problem mit der Disziplinarkammer am Obersten Gericht, die Polen mit der Justizreform von 2017 eingeführt hatte und die mehreren Urteilen des Europäischen Gerichtshofes aus den Jahren 2019 bis 2023 zufolge die Unabhängigkeit der Richter gefährdet und daher geändert oder aufgehoben werden muss. Auf Vorschlag des Präsidenten wurde die Disziplinarkammer im Mai 2022 per Novelle des Gesetzes über das Oberste Gericht aufgehoben und an ihrer Stelle eine Kammer der beruflichen Verantwortung eingeführt, ohne dass dies bisher den Forderungen der EU entspricht bzw. die Urteile des Europäischen Gerichtshofes umsetzen würde.

Ähnlich problematisch verhält es sich im Fall des polnischen Verfassungsgerichtes, das nach Ansicht der damaligen Opposition und heutigen Regierungsmehrheit seit November 2015 nicht mehr verfassungskonform zusammengesetzt ist, da nach Auffassung der Mehrheit der Juristen und auf Grundlage eines Urteils des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte vom Mai 2021 die Wahl dreier Richter des Verfassungsgerichts nicht verfassungskonform sei, da bereits vorher der Sejm

in verfassungskonformer Weise drei Richter gewählt habe. Die Einbindung dieser sogenannten Doubles (so die umgangssprachliche Bezeichnung) in Entscheidungen ist demnach nicht verfassungskonform. Auch hier ist die neue Regierung gefordert, zumal der Präsident gegen alle neuen Gesetze nicht nur sein Veto einlegen kann, sondern er das Verfassungsgericht auch um Überprüfung der Verfassungskonformität bitten kann. Da das Verfassungsgericht gegenwärtig aber noch von Richtern, welche die PiS ausgewählt hat, dominiert wird, ist es wahrscheinlich, dass die Regierung in vielen Gesetzesvorhaben durch das Verfassungsgericht ausgebremst werden wird. Die neue Regierung hat hier somit erhebliche juristische Probleme zu lösen und muss dabei das Prinzip der Rechtsstaatlichkeit wahren.

Der Rahmen für die Umgestaltung der PiS-nahen öffentlichen Medien

Schwierig stellt sich auch die Situation bezüglich des staatlichen Fernsehens dar. Dieses war in seiner Berichterstattung und in seinen Informationssendungen nach Ansicht vieler Beobachter willfährig gegenüber der PiS-Regierung und hat insbesondere in der täglichen Hauptnachrichtensendung Wiadomości (Nachrichten) Regierungspropaganda verbreitet. Ministerpräsident Tusk hat daher bereits vor der Wahl verlauten lassen, dass die Umgestaltung des öffentlichen Fernsehens eine der ersten Aufgaben der Regierung sein werde. Allerdings hatte die PiS in der Vergangenheit den Nationalen Rundfunk- und Fernsehrat (Krajowa Rada Radiofonii i Telewizji) zunächst unter ihre Kontrolle gebracht und danach, obgleich in der Verfassung verankert, schachmatt gesetzt. Per Gesetz wurde im Sommer 2016 ein Rat Nationaler Medien (Rada Mediów Narodowych) geschaffen, der die Vorstände und Aufsichtsräte und damit letztlich die Intendanten der staatlichen Medien, also des Fernsehens, des Radios und der Polnischen Presseagentur (PAP), beruft und entlässt. Der Rat besteht aus fünf Mitgliedern, die für sechs Jahre berufen werden und von denen drei vom Sejm gewählt und zwei vom Präsidenten ernannt werden; letztere werden wiederum von den größten Oppositionsparteien nominiert. Problematisch ist dabei insbesondere der Umstand, dass mit dem Rat Nationaler Medien ein Konkurrenzorgan zum in der Verfassung verankerten Nationalen Rundfunk- und Fernsehrat geschaffen wurde. Auch hier gilt erstens, dass der Rat Nationaler Medien nicht automatisch mit dem Regierungswechsel seine Zusammensetzung ändert und zweitens, dass jegliche Veränderungen rechtsstaatlich erfolgen müssen.

Innenpolitischer Neuanfang: Exposé und Koalitionsvertrag der neuen Regierung

Die drei Parteien, die die neue Regierung tragen, haben sich in einem am 10. November unterzeichneten Koa-

litionsvertrag auf die wichtigsten Ziele für ihre Regierungsarbeit geeinigt (siehe Dokumentation im Anhang). Er besteht aus drei Teilen. Der erste Teil stellt in 24 Punkten das Programm vor, der zweite Teil behandelt die Aufarbeitung der Regierungszeit der PiS bzw. des Regierungslagers Vereinigte Rechte (Zjednoczona Prawica) und der dritte Teil erstreckt sich auf die Arbeitsprinzipien der Koalition.

Im ersten Abschnitt des Koalitionsvertrages wird unter Punkt 2 angekündigt, die von der Vorgängerregierung erschütterte Rechtsordnung wieder herzustellen. Gerichte und Staatsanwaltschaft sollen unabhängig agieren, der Landesjustizrat seine Arbeit unpolitisch ausüben können. Auch andere Staatsorgane sollen unparteiisch arbeiten können. Ein weiterer Punkt des Vertrages postuliert eine Stärkung der Frauenrechte und insbesondere eine Aufhebung des Verfassungsgerichtsurteils von 2020, das *de facto* Abtreibung in Polen bis auf wenige Ausnahmen (Schwangerschaft im Ergebnis einer Straftat, Gefährdung des Lebens der Frau) untersagt. Auch sollen pränatale Untersuchungen unterstützt und In-vitro-Fertilisation durch den Staat finanziert werden. Ferner wird der Diskriminierung von Menschen aufgrund ihrer sexuellen Orientierung der Kampf angesagt, auch das ein deutlicher Kontrapunkt zur bisherigen Regierung. Hinsichtlich des Klimaschutzes wird eine aktive Politik zur Begrenzung der Auswirkungen des Klimawandels angekündigt. Zu den weiteren Punkten gehören die Entpolitisierung der Unternehmen, an denen der Staat Anteile hält, die Unterstützung der Landwirte, die Entpolitisierung der Bildung – erinnert sei in diesem Kontext an das von der PiS eingeführte Schulfach Geschichte und Gegenwart (*Historia i Terazniejszość – HiT*) –, die Entpolitisierung der Medien, die strikte Trennung von Staat und Kirche und die Dezentralisierung des Staates.

In seinem Exposé bedankte sich Ministerpräsident Donald Tusk zunächst bei den Wählern, nahm anschließend eine historische Einordnung des Wahlsieges vor und knüpfte an die Proteste gegen die PiS-Regierung an, indem er die 15 Postulate von Piotr Paweł Szczęsny vorlas, der sich im Oktober 2017 aus Protest gegen die PiS-Regierung selbst verbrannt hatte (siehe Dokumentation im Anhang). Tusk appelliert im Anschluss aber auch daran, dass der 15. Oktober 2023 der Beginn einer Wiedergeburt einer echten Solidarität sei, einer Gemeinschaft, die unterschiedlichste Ansichten ertrage. Für eine nationale, republikanische Gemeinschaft sei jedoch die Anerkennung von Regeln notwendig und es gebe eine gemeinsame Verantwortung für das Vaterland. Diese Einheit sei auch angesichts der außenpolitischen Bedrohungen und hier zuvorderst des Krieges in der Ukraine notwendig.

Der Versuch von Tusk, die im Wahlkampf und in den letzten Jahren sichtbar gewordenen Gräben in der

polnischen Gesellschaft zu überwinden, wird allerdings durch die politische Auseinandersetzung begrenzt und darauf bezog er sich auch in seinem Exposé, als er davon sprach, den Augiasstall zu säubern, womit er sich auf Verletzungen des Rechts und der guten Sitten durch die Vorgängerregierung bezog.

Einen Vorgesmack auf den Ton der Auseinandersetzung zwischen Regierung und Opposition lieferten bereits erste Konflikte um das Fernsehen und um die Verhaftung der Abgeordneten Mariusz Kamiński und Maciej Wąsik.

Erste Entscheidungen zur Entpolitisierung der öffentlichen Medien

Um dem postulierten Ziel einer Entpolitisierung des staatlichen Fernsehens gerecht zu werden, wurden von Juristen verschiedene Möglichkeiten durchgespielt. Der zuständige Minister für Kultur und nationales Erbe, Bartłomiej Sienkiewicz, berief am 19. Dezember 2023 die Aufsichtsräte des Polnischen Fernsehens, des Polnischen Rundfunks und der Polnischen Presseagentur ab und setzte neue Aufsichtsräte ein. Die genannten Institutionen sind staatliche Aktiengesellschaften, die in den Stand der Liquidation versetzt wurden, was nach Ansicht von Minister Sienkiewicz die Abberufung der bisherigen und die Bestellung neuer Aufsichtsräte erlaubt, ohne den Rat Nationaler Medien, der nach dem Gesetz von 2016 eigentlich dafür zuständig ist, einzuschalten. Hier hat bekanntlich die PiS noch die Mehrheit. Der Minister begründete seine Entscheidung mit dem Veto des Präsidenten gegen ein Gesetz zur Umsetzung des Budgets für das Jahr 2024. Auch Justizminister Adam Bodnar stützte das Vorgehen des Kulturministers, während die Helsinki-Stiftung und ebenfalls Präsident Duda Zweifel hinsichtlich des juristischen Vorgehens äußerten. Gleichwohl wurde das Signal für das Informationsprogramm TVP Info abgeschaltet und war nicht mehr zu empfangen. Abgeordnete der PiS und ihr nahestehende Journalisten besetzten infolge der Entscheidung von Kulturminister Sienkiewicz und aufgrund der Abschaltung des Signals von TVP Info am 21. Dezember 2023 das Gebäude des staatlichen Fernsehens. Am 18. Januar 2024 hat das Verfassungsgericht die Auflösung der staatlichen Sender und die Abberufung der Vorstände für verfassungswidrig erklärt, eine Entscheidung, die für das Kulturministerium nicht bindend ist, da sie unter Beteiligung der Richterdoubles zustande gekommen sei. Das Warschauer Bezirksgericht verweigerte wenige Tage später am 21. Januar die Aufnahme der Liquidation der staatlichen Medien in das nationale Gerichtsregister. Derweil ist die Hauptnachrichtensendungen Wiadomości um 19:30 Uhr durch das Informationsprogramm (Program Informacyjny) ersetzt worden und prominente Journalisten, die eng mit der PiS verknüpft

waren, haben den Sender verlassen. Die Polizei räumte im Januar schließlich das Gebäude und auch ein von der PiS organisierter sogenannter »Marsch freier Polen« am 11. Januar konnte dies nicht verhindern. Die Verteidigung der Pressefreiheit durch die PiS ist angesichts der jahrelangen Propaganda und der Verletzung journalistischer Standards im öffentlich-rechtlichen Fernsehen bizarr, unabhängig von der Frage, ob der von der Regierung gewählte Weg zur Entpolitisierung der öffentlich-rechtlichen Medien klug gewählt und rechtlich in Ordnung ist. Die Frage der Zukunft der öffentlich-rechtlichen Medien bleibt vorerst aber ungelöst.

Die PiS-Politiker Kamiński und Wąsik als Streitfall

Ein weiterer Streitpunkt zwischen der Regierung auf der einen Seite und der PiS mit Präsident Duda auf der anderen Seite drehte sich um das Schicksal der beiden Abgeordneten Mariusz Kamiński und Maciej Wąsik (siehe auch Grafik 1). Kamiński war in der letzten PiS-Regierung Innenminister und Geheimdienstkoordinator, Maciej Wąsik sein Staatssekretär. Das Warschauer Kreisgericht verurteilte beide am 20. Dezember 2023 in einem Berufungsverfahren zu zwei Jahren Haft wegen Amtsmissbrauch im Rahmen einer Korruptionsaffäre: Kamiński hatte als Chef des Antikorruptionsbüros (Centralne Biuro Antykorupcyjne – CBA) gemeinsam mit seinem damaligen Vize Maciej Wąsik dem damaligen Landwirtschaftsminister Andrzej Lepper von der Bauernpartei Selbstverteidigung (Samoobrona) im Jahr 2007 eine Falle gestellt, um Korruption im Zusammenhang mit der Umwidmung landwirtschaftlicher Flächen in Bauland zu belegen (sog. Boden-Affäre/afera gruntowa). Die damalige Regierung unter PiS-Führung, Ministerpräsident war damals Jarosław Kaczyński, zerbrach daran. Präsident Duda hatte Kamiński und Wąsik im November 2015 begnadigt, bevor ein Gericht aufgrund der in ihre Verantwortung fallenden Spezialoperation des CBA ein Urteil gegen sie fällen konnte. Damit war die Begnadigung nach Ansicht vieler Juristen letztlich nicht gültig, was während der Regierungen von PiS aber keine Rolle spielte. Nach der Verurteilung durch das Warschauer Gericht in zweiter Instanz im Dezember 2023 wurden die Abgeordneten schließlich vom Präsidenten in seinen Amtssitz eingeladen, wo sie am 10. Januar 2024 bei kurzzeitiger Abwesenheit Dudas von der Polizei verhaftet wurden. Der Präsident war empört, lud die Ehefrauen der beiden Politiker zu sich in den Amtssitz ein und sprach wenige Tage später vom »Terror der Rechtsstaatlichkeit«. Zugleich weigerte er sich, eine erneute Begnadigung vorzunehmen, da er dies ja bereits einmal getan habe. Zugleich organisierte die PiS einen Protestmarsch in Warschau und Jarosław Kaczyński sprach davon, dass die neue Regierung Polen vernichten

wolle. Erneut wurde an die Einhaltung von Rechtsstaatlichkeit appelliert. Präsident Duda begnadigte schließlich am 23. Januar Kamiński und Wąsik erneut, vertrat aber auch die Auffassung, dass sie ihre Abgeordnetenmandate damit auch behalten würden. Dies war für ihn auch ein Argument, das Haushaltsgesetz am 31. Januar zwar zu unterzeichnen, es aber zugleich zur Überprüfung an das Verfassungsgericht zu überweisen, da die beiden Abgeordneten an der parlamentarischen Arbeit nicht hätten teilnehmen können. Eine Entscheidung des Verfassungsgerichts steht noch aus.

Im Kontext der Verabschiedung des Haushalts gab es zudem Erwartungen bei der Führung der PiS, dass der Präsident das Haushaltsgesetz zurückweisen würde und so formal das Recht hätte, das Parlament aufzulösen und vorzeitige Neuwahlen auszuschreiben. Davon nahm der Präsident bekanntlich Abstand, aber die Zuspitzung des Konfliktes zwischen beiden Seiten wurde offensichtlich. So sehr man auch über die Liquidation der öffentlich-rechtlichen Medien diskutieren kann, so ist doch im Fall der beiden Abgeordneten Kamiński und Wąsik die Sachlage klar. Beide wurden in zweiter Instanz rechtskräftig verurteilt und ihr Abgeordnetenmandat ist damit, trotz erneuter Begnadigung, nach Ansicht vieler Juristen weiterhin erloschen, auch wenn die PiS keine Nachrücker für die Mandate benannt hat.

Untersuchungen, Abberufungen, Gesetzesvorhaben

Darüber hinaus hat die Regierung gemäß ihrem Koalitionsvertrag auch auf anderen Feldern ihre Tätigkeit aufgenommen. So wurde beispielsweise am 17. Januar eine parlamentarische Untersuchungskommission eingesetzt, welche die Nutzung und Legalität des Programms Pegasus, einer israelischen Spyware zum Ausspähen von iOS- und Android-Geräten, durch die Polizei, Geheimdienste und die Regierung im Zeitraum zwischen dem 16. November 2015 und dem 20. November 2023 unter anderem gegen Vertreter der Opposition untersuchen soll. Zudem prüft die Regierung die Abberufung von Vorständen in Unternehmen mit staatlicher Beteiligung. So wurde der Vorsitzende des Energiekonzerns Orlen, Daniel Obajtek, Anfang Februar abberufen. Der Staatsschatz ist mit knapp 50 Prozent der größte Aktienbesitzer von Orlen. Die Firma hatte, noch unter der PiS-Regierung, im Dezember 2020 das Medienunternehmen Polska Press übernommen und kontrolliert seitdem einen Großteil der regionalen Zeitungen. Schließlich soll auch das Zentrale Antikorruptionsbüro aufgelöst werden, aber hier steht ein Gesetzentwurf noch aus.

In Vorbereitung sind weitere Gesetze, beispielsweise um die Zusammensetzung des Verfassungsgerichts zu ändern oder um die Kammer der beruflichen Verantwortung beim Obersten Gericht aufzulösen, aber nach

den Erfahrungen im Umgang mit den öffentlich-rechtlichen Medien ist hier eine sorgfältige juristische Vorarbeit notwendig. Zudem muss stets mit einem Veto des Präsidenten gerechnet werden, dass nur mit 3/5-Mehrheit im Sejm zurückgewiesen werden kann, eine Mehrheit, über die die Regierung nicht verfügt. Darüber hinaus kann der Präsident ein Gesetz an das Verfassungsgericht überweisen, in dem von der PiS ernannte Richter nach wie vor über eine Mehrheit verfügen.

Schließlich dürfte auch bald eine Veränderung beim Abtreibungsrecht anstehen, zumal dieses Thema vom Ministerpräsidenten in seinem Exposé selbst angerissen worden ist. Von der Neuen Linken wurde am 14. November 2023, also einen Tag nach Konstituierung des neuen Sejms, ein Gesetz zum sicheren Abbruch einer Schwangerschaft eingebracht, aber es ist noch kein Gesetzesvorhaben der gesamten Regierung. Zudem würde auch im Fall eines Gesetzes zur Liberalisierung des Schwangerschaftsabbruchs ein Veto des Präsidenten drohen, so dass eine erfolgreiche Behandlung dieses Themas momentan unwahrscheinlich ist.

Außenpolitik: zurück nach Europa

Angesichts der Turbulenzen in der Innenpolitik waren die Veränderungen und Initiativen im Bereich der Außenpolitik relativ gering, zumal außenpolitisches Handeln einen anderen Zeithorizont hat. Im Koalitionsvertrag wie auch im Exposé des Ministerpräsidenten wurde gleichwohl auch die Außenpolitik angesprochen. Ein Exposé des neuen Außenministers Radosław Sikorski (KO) steht allerdings noch aus.

Der Koalitionsvertrag betont bereits im ersten Punkt, die Sicherheit Polens insbesondere angesichts des Krieges in der Ukraine zu stärken. Diese Sicherheit baut demzufolge auf drei Säulen auf, der nationalen Gemeinschaft, der Festigung der polnischen Position in der EU und der NATO und in der Stärkung der polnischen Armee. Ansonsten bezieht sich der Koalitionsvertrag nicht auf die Außenpolitik.

Deutlicher wird hier das Exposé des Ministerpräsidenten, in dem unterschiedliche Felder der Außenpolitik berührt werden. Zunächst wird die nationale Einheit mit Blick auf den Krieg in der Ukraine hervorgehoben. Polen werde ein zuverlässiger Bündnispartner der USA in der NATO sein und seine Regierung trachte danach, die polnische Position in der EU zu stärken und die Rolle als eines der führenden Länder zurückzugewinnen. Es sei der Wunsch der Polinnen und Polen, die für seine Koalition gestimmt hätten, dass Polen auf den ihm zustehenden Platz in Europa zurückkehre. Polen allein könne die Risiken jedoch nicht meistern. Damit kündigt Tusk sehr deutlich eine Rückkehr in den Kern der EU an und erteilt allen Träumen und Aussagen über eine absolut verstandene nationale Souveränität eine Absage.

Weder die Migrationskrise noch die Bekämpfung des Klimawandels seien rein national zu bewältigen. Einen großen Akzent legt der Ministerpräsident auch auf die weitere Unterstützung der Ukraine. Auffällig ist allerdings auch, dass den deutsch-polnischen Beziehungen, die während der PiS-Regierungen in den letzten Jahren in der Sackgasse steckten, nicht ein Wort gewidmet wird.

Dennoch ist erkennbar, dass die neue Regierung auch hier einen Neuanfang vertritt. Ende Januar besuchte Außenminister Radosław Sikorski Berlin und traf sich mit seiner deutschen Amtskollegin Annalena Baerbock. Sikorski sah dieses Treffen als Beginn einer Wiederbelebung der bilateralen Beziehungen und drückte zudem den Wunsch aus, das Weimarer Dreieck (Deutschland, Frankreich, Polen) wieder zu aktivieren. In den letzten Jahren waren die bilateralen Beziehungen vor allem geprägt von einem klaren antideutschen Akzent in der Warschauer Außenpolitik, von Reparationsforderungen von polnischer Seite an die deutsche Adresse und einem nahezu völligen Fehlen gemeinsamer Initiativen zur Unterstützung der Ukraine oder in anderen europäischen Fragen. Ein Neuanfang ist hier zwingend erforderlich.

Dieser Neuanfang wurde auch deutlich beim Treffen von Ministerpräsident Donald Tusk mit Bundeskanzler Olaf Scholz in Berlin am 12. Februar dieses Jahres. Sowohl hinsichtlich der Unterstützung der Ukraine als auch bei der Bekämpfung des Klimawandels möchten beide Regierungen eng zusammenarbeiten. Zudem scheint das persönliche Verhältnis zwischen beiden Regierungschefs zu stimmen und man sollte die gute Atmosphäre für gemeinsame Initiativen nutzen, bevor zum Beispiel der Wahlkalender im kommenden Jahr in Deutschland wieder andere Akzente setzt.

Neben der Unterstützung der Ukraine und einem Neuanfang in den deutsch-polnischen Beziehungen ist auch ein Reset in der polnischen Europapolitik notwendig, um die blockierten EU-Mittel freizugeben. Hier ist die EU zuvor zwingend auf die Umsetzung der sogenannten Meilensteine angewiesen. Dazu zählen vor allem die Stärkung der Unabhängigkeit der Justiz und die Bekämpfung der Korruption. Die EU-Kommission hat im November 2023 noch vor Bildung der neuen Regierung allerdings angekündigt, unter bestimmten Auflagen 5,1 Milliarden Euro aus dem Aufbau- und Resilienz-fazilitätsfonds freizugeben. Ein Anfang ist also gemacht.

Auf dem Weg zu einem politischen Kompromiss?

Ministerpräsident Donald Tusk hat in seinem Exposé den nationalen Zusammenhalt beschworen und die Opposition aufgefordert, in wichtigen Politikfeldern mit der Regierung zusammenzuarbeiten. Zugleich enthält der Koalitionsvertrag aber in seinem zweiten Abschnitt

Aussagen über die politische und juristische Aufarbeitung der Regierungen der Vereinigten Rechten. So sollen unter anderem Untersuchungskommissionen und die Staatsanwaltschaft die Verletzung der Rechtsstaatlichkeit während der Regierungszeit der PiS untersuchen.

Zweifellos ist die Aufarbeitung der Verfassungsverletzungen und der Regierungen der PiS notwendig. Sowohl die EU als auch die Mehrheit der Juristen im Lande fordern eine eindeutige Stärkung der Rechtsstaatlichkeit und dazu gehört auch die Überarbeitung der von der PiS durchgeführten Justizreform. Auch die Neuaufstellung der öffentlich-rechtlichen Medien, die in den letzten Jahren zum reinen Sprachrohr der Regierung geworden sind, ist überfällig. Allerdings ist es nicht ganz einfach, hier das richtige Maß und passende juristische Lösungen zu finden. Das Vorgehen im Fall der öffentlich-rechtlichen Medien weckte auch bei der Helsinki-Stiftung Vorbehalte und ist juristisch noch genau zu klären. Auch der Umgang mit der Opposition im Sejm ist zu hinterfragen. Die Weigerung, Elżbieta Witek zur Vizemarschallin des Sejm zu wählen, ist zwar aufgrund der Schärfe der politischen Auseinandersetzung in den letzten Jahren verständlich, aber es ist gute Tradition im polnischen Parlament, dass die Kandidaten der anderen Parteien akzeptiert und gewählt werden.

Allerdings sieht es nicht danach aus, dass die PiS auf einen Ausgleich bedacht ist. Die anstehenden Kommunal- und Regionalwahlen sowie die Wahlen zum Europaparlament im Frühjahr dieses Jahres machen eine Beto-

nung der eigenen Position geradezu erforderlich. Aber auch weit darüber hinaus pflegt die PiS-Führung und hier insbesondere der Vorsitzende Jarosław Kaczyński den Konflikt mit der Regierung. Weder ist eine Aufarbeitung der Wahlniederlage noch der vergangenen Regierungsjahre erkennbar. Zudem ist die Nachfolge des 74-jährigen Kaczyński ungeklärt. Das Vorpreschen des ehemaligen Ministerpräsidenten Mateusz Morawiecki im Januar traf innerhalb der Partei nicht auf einhellige Unterstützung.

Schließlich ist auch die polnische Gesellschaft nachhaltig gespalten. Verschiedene Umfragen unterschiedlicher Institute vom Januar und Februar dieses Jahres belegen eine nahezu unveränderte Unterstützung für die im Parlament vertretenen Parteien (siehe Grafik 2). Die Polarisierung der Gesellschaft hält also an und in Zeiten einer politischen *Cohabitation* scheint eine vollständige juristische Aufarbeitung erst nach den Präsidentschaftswahlen im kommenden Jahr möglich zu sein. Unklar ist allerdings, wie die Regierung vorgehen wird, sollte der Nachfolger von Andrzej Duda wieder aus dem PiS-Lager kommen. Es lohnt sich daher, bereits vorher einen Schritt auf den Präsidenten und die Opposition zuzugehen und mit Blick auf die EU und die Gegensätze in der polnischen Gesellschaft Kompromisslinien auszuloten. Dazu dürfte es vor den anstehenden Wahlen im Frühjahr allerdings kaum kommen. Die Zeichen stehen vorläufig also weiter auf Konflikt.

Über den Autor

Prof. Dr. *Stefan Garsztecki*, Politologe und Historiker, hat die Professur für Kultur- und Länderstudien an der Technischen Universität Chemnitz inne. Seine Forschungsschwerpunkte sind u. a. die polnische Innenpolitik, die deutsch-polnischen Beziehungen und Geschichtspolitik in Ostmitteleuropa.

Zuletzt erschien: Garsztecki, S.; Grzeszczak, R.; Maatsch, A.; Wojtaszyn, D. (2023): Das Politische System Polens (Baden-Baden: NOMOS). ISBN 978-3-8487-7197-4.

DOKUMENTATION

Exposé des Ministerpräsidenten Donald Tusk, 12. Dezember 2023

Vorgetragen am 12. Dezember 2023 vor dem Sejm, einen Tag vor der Vereidigung der Regierung von Ministerpräsident Donald Tusk, die sich aus der Bürgerkoalition (Koalicja Obywatelska – KO), dem Bündnis Dritter Weg (Trzecia Droga) und Die Neue Linke (Nowa Lewica) zusammensetzt.

Stenogramm

[...]

Ich möchte nicht, dass dieser Tag im Zeichen dramatischer, tragischer und trauriger Erinnerungen steht, aber ich kann nicht vermeiden, an meinen Freund, den Stadtpräsidenten meiner Stadt, Paweł Adamowicz, zu erinnern. Ich kann nicht

und ich will nicht diesen symbolischen Augenblick aus meinem Gedächtnis löschen, als er zur Solidarität aufrief, den Augenblick, als er über Danzig (Gdańsk) als freigebige, großzügige Stadt sprach. Das war an dem Tag, an dem sich die Polen seit vielen Jahren in echter Solidarität mit den Schwächeren und Kranken verbinden [Während der regionalen Abschlussveranstaltung der landesweiten Spendensammelaktion des Großen Orchesters der Weihnachtshilfe wurde Adamowicz von einem psychisch kranken Mann erstochen und erlag seinen Verletzungen; Anm. d. Übers.]. Ich will, dass wir uns an alle erinnern, ausnahmslos, an die Opfer von Gewalt, Verachtung, Hass und Konflikt, damit der Tag des 15. Oktober [am 15. Oktober 2023 fanden die Parlamentswahlen in Polen statt; Anm. d. Übers.] – oder vielleicht der Tag, an dem ihr dem neuen Kabinett das Vertrauen aussprechen werdet, der Anfang einer Wiedergeburt werde. Der Wiedergeburt auch des wahren Geistes der Solidarität und der Wahrung der Rechte einer Gemeinschaft, in der sich die Menschen voneinander unterscheiden. Denn wir werden ja auch in Zukunft – wir hatten, wir haben und wir werden auch in Zukunft in vielen Angelegenheiten unterschiedliche Ansichten haben. Aber wir wollen eine Gemeinschaft sein. Und diesem Ziel wird die Arbeit der neuen Regierung vor allem dienen. Worauf soll diese Gemeinschaft beruhen? Warum haben wir heute ein solches Problem damit, über uns zu sagen, dass wir eine Gemeinschaft sind? Warum waren die letzten Jahre von einem immer schärferen politischen Konflikt, Emotionen gekennzeichnet – nicht nur hier im Parlament, denn dass das hier ganz natürlich ist, ist klar. Dafür versammeln wir uns ja im polnischen Sejm, im polnischen Senat – um zu streiten. Es ist ja das Wesen der Demokratie, das Wesen des Staates, in dem freie Bürger leben, dass man sich streitet, dass man den Krieg ganz oben austrägt, hier im Sejm, im Parlament. Und zwar, um die eigene Nation zu schützen, die eigenen Familien, die Polinnen und Polen vor einem unaufhörlichen politischen Krieg an der Basis, zwischen gewöhnlichen Menschen, bei uns zu Hause. Das sind keine leeren Worte. Wir leiden alle daran, ohne Ausnahme.

Ich werde euch alle bitten, dass ihr an das republikanische Fundament und den Rahmen denkt, die es erlauben, eine politische Gemeinschaft und eine nationale Gemeinschaft aufzubauen. Zumal wir so verschieden sind, zumal wir so unterschiedliche Ansichten, unterschiedliche Wurzeln haben. Wir halten uns manchmal an unterschiedliche Traditionen. Wir glauben an Gott – wir suchen woanders Inspirationen, gut zu sein. Das ist doch Reichtum, das ist unsere Nation. Jeder ist es wert, dass ihm Achtung und Respekt entgegengebracht wird, jeder ist seiner Rechte wert. Das, was wirklich eine Gemeinschaft aufbaut, das ist der Rechtsstaat, das ist die Verfassung, das sind die Prinzipien der Demokratie, das sind die sicheren Grenzen und das sichere Staatsgebiet. Das sind die Angelegenheiten, über die wir uns auf keinen Fall streiten sollten. Das ist das, was wir ohne Ausnahme respektieren müssen. Damit wir uns in anderen Angelegenheiten unterscheiden können. Damit wir uns in Sicherheit und Respekt unterscheiden können.

Ich erinnere mich an die Worte unseres Papstes, als er bat, man möge ihm keine Denkmäler bauen, sondern eher hören, was er sagt. Unterschiedliche Menschen bewerten das Erbe Johannes Paul II. auf unterschiedliche Weise. Ich habe allerbeste Erinnerungen, auch von meinen persönlichen Treffen. Ich erinnere mich an die Worte, die er in Zoppot (Sopot), meinem Zoppot sagte. Und die womöglich ein selbstverständliches Motto sind oder ein selbstverständliches Motto sein sollten, für uns alle, unabhängig davon, auf welcher Seite dieses Saales wir sitzen. Das waren Worte darüber, dass es keine Solidarität ohne Liebe gebe. Ich weiß, dass, wenn das Wort Liebe bei politischen Auftritten, bei Kundgebungen auftaucht, es manchmal Gelächter, Spott hervorruft. Wisst ihr was? Ich verstehe das nicht. Was ist denn daran komisch? Bei Liebe reden wir doch nicht nur über die Beziehungen zwischen Menschen. Wie oft sprechen wir doch auch von der Liebe zum Vaterland? Ich liebe mein Vaterland, Polen von ganzem Herzen. Ich kann mir Politik ohne Liebe nicht vorstellen.

Es war bereits nach der Wiedererlangung der Unabhängigkeit, aber zuvor auch schon in meinem Danzig, in Zaspá [Stadtteil von Danzig, Anm. d. Übers.], Johannes Paul II. sprach darüber, was Solidarität ist. Und ich widme diese Worte allen – und wir sind auch noch hier eine ansehnlich große Gruppe –, allen, die die Solidarność mitgegründet haben. Und ich erinnere mich an diese Worte – sie wurden wahrscheinlich nicht von allen vollständig verstanden. In mir hat sich auch etwas gesträubt, das war damals die Zeit des Kampfes. Aber der Papst sagte, dass Solidarität niemals einer gegen den anderen sei, dass Solidarität immer einer mit dem anderen sei. Und ich möchte, insbesondere weil hier das Datum einer der dramatischen polnischen Konflikte aufgerufen wurde [am Folgetag, dem 13. Dezember wird Tusks Regierung vereidigt, dem Tag, an dem 1981 die kommunistischen Machthaber der Volksrepublik Polen das Kriegrecht als Reaktion auf die erstarkende demokratische Oppositionsbewegung im Land verhängten; Anm. d. Übers.], dass wir aus diesen Worten tiefgehende, richtige, wahrhaftige Schlussfolgerungen ziehen. Wenn wir die nationale Gemeinschaft wieder aufbauen wollen, wenn wir wirklich die Wiedergeburt unserer polnischen Gemeinschaft erleben wollen, müssen wir – da gibt es keinen anderen Ausweg, wir haben keine Alternative – die Regeln achten, die wir uns allen setzen, mit der Verfassung an der Spitze und dem Recht. Aber wir müssen auch verstehen, dass die Lektion der Solidarität eine Lektion der Fähigkeit ist, die Differenzen zwischen den Menschen zu überwinden. Und Tag für

Tag eine Gemeinschaft aufzubauen, die es erlaubt, sich zu unterscheiden, aber die es auch erlaubt, gemeinsam zu handeln und gemeinsam die Verantwortung für das eigene Vaterland zu tragen.

Ich spreche hier von der besonderen Rolle des Rechtes und der Rechtsstaatlichkeit. Es gibt tatsächlich nichts Wichtigeres für eine moderne Nation als die Sammlung von Rechten und Pflichten, die als gemeinsame anerkannt sind, ohne Ausnahme. Manch einer könnte denken, dass die Worte, die ich gleich lesen werde, der eine Satz von jemandem aus der Initiative »Freie Gerichte« stammen könnte, von jemandem, der protestierte, als das Verfassungstribunal demontiert wurde. Die Worte klingen sehr aktuell, als hätte sie jemand gerade mal vor einem Jahr formuliert. »Wir erlangen die Freiheit nicht, indem wir das Recht beugen, sondern indem wir es befolgen.« Das sagte Romuald Traugutt während des Januaraufstandes [1863/64 gegen die russische Teilungsmacht, Anm. d. Übers.]. Sogar damals, in einer solchen Situation, hatte der Anführer des Aufstandes keinen Zweifel, dass die Wahrung des Rechtes, dass die Anerkennung von Regeln als gemeinsame Regeln – Regeln, die nicht überschritten werden dürfen – die Grundlage für die Freiheit ist und in der Folge die Grundlage für eine echte Gemeinschaft. Ich spreche deshalb darüber, weil ich als gestern vom Sejm gewählter, designierter Vorsitzender des Ministerrates heute die Ehre habe, an der Spitze der Regierung die Arbeit der Koalition des 15. Oktober zu koordinieren. Meine Lieben, ich will euch den Kern des Phänomens zeigen, das wir aktuell entstehen lassen – eines politischen, positiven Phänomens, das wirklich zeigt, dass Gemeinschaft möglich ist. Und dass die Achtung gemeinsamer Regeln möglich ist, sogar, wenn sich die Menschen voneinander unterscheiden. [...]

Übersetzung aus dem Polnischen: Silke Plate

Quelle: <https://www.gov.pl/web/premier/stenogram-expose-premiera-donalda-tuska> (abgerufen am 10.02.2024).

Koalitionsvertrag zwischen der Bürgerkoalition, dem Bündnis Dritter Weg und Die Neue Linke, 10. November 2023

Der Koalitionsvertrag zwischen der Bürgerkoalition (Koalicja Obywatelska – KO) dem Bündnis Dritter Weg (Trzecia Droga) und Die Neue Linke (Nowa Lewica) wurde am 10. November 2023 unterzeichnet, kam aber noch nicht zum Tragen, da Präsident Andrzej Duda zunächst eine von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) gebildete Regierung berief (27. November). Nachdem das Parlament Mateusz Morawiecki (PiS) nach Vorstellung seines Exposé das Vertrauen verweigert hatte, wurde am 13. Dezember die Koalitionsregierung unter Ministerpräsident Donald Tusk vereidigt.

[...]

Teil I Programmatische Vereinbarungen

1. Geleitet vom Wählerwillen, werden wir gemeinsam und einvernehmlich in folgenden Bereichen tätig werden:
Die Sicherheit der Polinnen und Polen ist für die Koalitionspartner eine Aufgabe von vorrangiger Bedeutung. Angesichts der beispiellosen Gefahr für unsere Sicherheit, hervorgerufen durch die russische Aggression gegen die Ukraine, werden wir die Position Polens auf internationaler Bühne stärken. Wir werden konsequent für die polnischen Interessen eintreten und eine klare und berechenbare Außenpolitik betreiben, lesbar für die Freunde und abschreckend für die Feinde unseres Staates. Die polnische Sicherheit stützen wir auf drei Säulen: auf den Wiederaufbau der nationalen Gemeinschaft, auf die Stärkung der Position in der Europäischen Union und im Nordatlantikpakt sowie auf gestärkte Streitkräfte, die effektiv geführt und mit modernem Gerät ausgerüstet werden. Die polnische Diplomatie erfordert Professionalisierung und Entpolitisierung. In der Sorge um die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger werden wir auch den Wiederaufbau der Zivilverteidigung verfolgen.
2. Wir werden die Rechtsordnung wiederherstellen, die von den Tätigkeiten unserer Vorgänger erschüttert wurde. Die Gerichte werden frei von politischem Druck, die Staatsanwaltschaft wird unabhängig und apolitisch sein. Wir gewährleisten das rechtmäßige Funktionieren der Justiz und der Verfassungsgerichtsbarkeit. Wir setzen alles daran, um die verfassungsgemäße und apolitische Gestalt des Landesjustizrates (Krajowa Rada Sądownictwa) und des Obersten Gerichts (Sąd Najwyższy) wiederherzustellen. Die Gerichte müssen nahe an den Bürgern sein und sollen ihnen dienen. Wir werden die Bearbeitungszeit verkürzen und die Kosten für Gerichtsverfahren sen-

ken. Zwingend erforderlich ist auch die Entlastung der Gerichte von Aufgaben, die durch administrative Verfahren entschieden werden können.

Wir werden die Unparteilichkeit und die Autorität der anderen staatlichen Organe wiederherstellen, die in den letzten Jahren zu Parteihängseln geworden sind. Wir werden den öffentlichen Dienst wiederaufbauen und eine Reform des Gesetzgebungsprozesses durchführen, um ihn für eine breite gesellschaftliche Beteiligung zu öffnen.

[...]

6. Wir werden die Frauenrechte stärken, die Schlüsselbedeutung für die Tätigkeit der Koalition haben werden. Wir werden das Urteil des Verfassungstribunals (Trybunał Konstytucyjny) aus dem Jahr 2020 für ungültig erklären [gegenwärtig sind Abtreibungen nur legal, wenn die Gesundheit oder das Leben der Mutter gefährdet sind oder die Schwangerschaft durch eine Straftat verursacht wurde; Anm. d. Übers.]. Frauen haben das Recht, über sich selbst zu entscheiden. Der Staat wird besondere Unterstützung für Paare, die eine Familie planen, leisten, indem er die In-vitro-Fertilisation finanziert sowie den vollständigen Zugang zu kostenfreien pränatalen Untersuchungen. Wir werden die Umsetzung moderner Standards bei der Geburtsbegleitung gewährleisten. Der Zugang zu kostenfreier Narkose wird die Regel sein und nicht die Ausnahme. Besonderer Nachdruck wird auf den Ausbau der Krippenplätze gelegt werden. Gleichzeitig bekennen sich die Koalitionspartner einvernehmlich dazu, dass es für den Aufbau des sozialen Kapitals und die Angleichung der Position der Frauen auf dem Arbeitsmarkt notwendig ist, den Frauen zusätzliche Unterstützung bei der Rückkehr an den Arbeitsplatz nach dem Mutterschutzurlaub zu gewährleisten. Die Koalitionspartner werden für die Schließung der Lücke im geschlechtsspezifischen Lohngefälle zusammenarbeiten sowie für die Aufhebung anderer Barrieren, die einer Gleichbehandlung am Arbeitsmarkt im Wege stehen. Die Koalition wird den wirksamen Vollzug von Unterhaltszahlungen verfolgen.
7. Wir sind alle gleich, und die sexuelle Orientierung und das Geschlecht können kein Diskriminierungsgrund sein. Der Kampf gegen Hassrede und Taten, die durch Hass motiviert sind, wird unsere Priorität sein. Wir werden das Strafgesetzbuch dahin gehend novellieren, dass Hassrede in Bezug auf sexuelle Orientierung und Geschlecht von Amts wegen verfolgt wird.
8. Die sich beschleunigende Klimakrise ist eine unwiderlegbare Tatsache, ebenso dass das Handeln des Menschen die Hauptursache ist. Wir werden einvernehmlich zusammenarbeiten, um den Klimaveränderungen entgegenzuwirken und ihren Einfluss auf das Leben der Einwohner Polens einzuschränken. Insbesondere sind die Koalitionspartner entschlossen, die grüne Energiewende zu beschleunigen. Wir werden einen stabilen Rahmen schaffen, der die gerechte Energietransformation durch den Aufbau von finanziellen und technologischen Unterstützungssystemen mitträgt. Ohne saubere und billige Energie droht Polen, seine Wettbewerbsfähigkeit gegenüber anderen Staaten zu verlieren, was sich negativ auf die Lebensqualität und das Einkommen der Polen auswirken wird.
Die Koalitionspartner werden gemeinsam Maßnahmen ergreifen, um den Anteil der erneuerbaren Energien für die Stromerzeugung zu erhöhen. Dies wird möglich sein u. a. dank der Freisetzung des Potentials der Windenergie an Land, der Photovoltaik und von Biogasanlagen sowie dank der Entwicklung der Wettbewerbsfähigkeit und des Engagements des privaten und kommunalen Sektors. Gleichzeitig werden wir die Voraussetzungen für ein kohärentes Programm zur Entwicklung der Kernenergie erarbeiten und präzise dessen Finanzierung bestimmen. Unser Ziel ist auch die Modernisierung und der Ausbau des Leitungs- und Verteilungsnetzes. [...]
13. Eine der Prioritäten der Koalition ist die Entpolitisierung der Unternehmen mit Staatsbeteiligung, indem transparente Kriterien für die Besetzung von Leitungspositionen eingeführt werden. In den größten polnischen Unternehmen müssen die besten Spezialisten und Manager arbeiten und nicht Personen, die mittels Parteischlüssel oder familiärer Beziehungen ausgewählt werden. Die Koalitionspartner werden gemeinsam für die Implementierung höchster Standards der Unternehmensordnung in den Unternehmen mit staatlicher Beteiligung tätig werden.
[...]
15. Wissenschaft und Hochschulwesen erfordern Veränderungen, die u. a. die Entpolitisierung, die Wiederherstellung der Autonomie der Hochschulen sowie ein höheres Finanzierungsniveau garantieren. Wir werden das Punktesystem für wissenschaftliche Publikationen ändern. Die Koalitionspartner erklären übereinstimmend, dass für die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der polnischen Wirtschaft die entschlossene Aufstockung der Forschungs- und Entwicklungsetats unerlässlich sein wird sowie die Schaffung effektiver Formate für den Wissensaustausch zwischen der akademischen Community und Unternehmern. Der Staat wird besondere Aufmerksamkeit auf Forschungen zum historischen und kulturellen Erbe legen.
16. Die Kultur ist nach Auffassung der Koalitionspartner ein Schlüsselbereich für das Funktionieren des Staates. Die Vorgänger der Koalition führten eine extreme Politisierung der Institutionen, die sich mit der Evaluation und Finanzierung der Kultur befassen, herbei, was häufig die Einführung einer verdeckten Zensur bedeutete. Die Kunst muss frei sein! Die Koalition wird sich dafür einsetzen, die Kultur zu entpolitisieren und den beruflichen

Status der Künstler zu regeln, indem ihnen eine Sozialversicherung, Rentenbezüge und der Zugang zum Gesundheitssystem garantiert werden.

17. Wir verbessern und entpolitisieren die öffentlichen Medien. Sie haben in hohem Maße die Spaltung der Gesellschaft zu verantworten, die Verbreitung von Lügen sowie gezielt gesetzte Hetze und Hasskampagnen, was zur Spaltung der nationalen Gemeinschaft geführt hat. Wir verpflichten uns, alle notwendigen Schritte zu unternehmen, um diesem Vorgehen Einhalt zu gebieten, und Konsequenzen gegenüber denen zu ziehen, die mit öffentlichen Geldern Hass säen.

18. Die Koalitionspartner erklären übereinstimmend, dass die Trennung von Staat und Kirche unerlässlich ist. Sie soll auf gegenseitige Unabhängigkeit sowie der Unparteilichkeit des Staates in Sachen religiöser Überzeugungen und Weltanschauungen beruhen.

[...]

23. Die Koalitionspartner unterstützen einvernehmlich die Dezentralisierung des Staates. Wir sind der Auffassung, dass die Übertragung entsprechender Kompetenzen an die Kommunen zusammen mit der Gewährleistung angemessener finanzieller Mittel eine Verwaltung garantiert, die maximal nah an den Menschen ist. Wir werden daher das Ziel verfolgen, den Kommunen eine breite Autonomie zurückzugeben. Wir verstärken ihre Eigeneinkünfte u. a. durch einen erhöhten Anteil an der Einkommensteuer sowie durch die erneute Zuerkennung ihrer Entscheidungskompetenz in den Bereichen, in denen sie sie in den letzten Jahren verloren haben. Wir setzen die Mittel des Landesaufbauplans frei, die den Kommunen endlich erlauben, Schlüsselinvestitionen selbständig zu planen. Wir werden die Praxis der parteinahen Spendenschecks beenden. Wir werden der Praxis des Missbrauchs von Aufsichtsinstrumenten gegenüber den Kommunen eine Grenze setzen.

[...]

Teil II Die Abrechnung mit der Regierung der Vereinigten Rechten

Das Unrecht, dessen wir alle im Laufe der Regierung unserer Vorgänger Zeugen wurden, muss benannt und abgerechnet werden. Ohne Abrechnung der Pathologie und Straftaten der vorigen Regierung gibt es und wird es kein gerechtes und rechtsstaatliches Polen geben. Der Verfassungsgrundsatz, dass sich alle Handlungen der staatlichen Gewalt in die Grenzen des Rechtes einordnen und an dieses rückgebunden sein müssen, wird das Fundament sowohl des Abrechnungsprozesses als auch der Tätigkeiten der von der Koalition gebildeten Regierung sein.

Vor allem

- werden wir zur verfassungsrechtlichen Verantwortung diejenigen ziehen, die verantwortlich für den Versuch einer widerrechtlichen Änderung der staatlichen Ordnung, für die Verletzung der Verfassung und Gesetze sowie die Verletzung der Rechtsstaatlichkeit, für die parteipolitische Instrumentalisierung öffentlicher Institutionen, die Veruntreuung öffentlicher Mittel und ihren widerrechtlichen, nicht zielführenden und unwirtschaftlichen Einsatz sind;
- werden wir in den Bereichen, die eine besondere und transparente Untersuchung erfordern, entsprechende parlamentarische Untersuchungsausschüsse berufen;
- werden wir zum Zweck der Abrechnung alle die Personen der unabhängigen Staatsanwaltschaft und den unabhängigen Gerichten zuführen, die sich schuldig gemacht haben:
 - a. dass Beamte und andere öffentliche Amtsträger Befugnisse überschritten und Pflichten nicht erfüllt haben, oder zu solchen Handlungen verleitet haben;
 - b. öffentliche Mittel für Parteiziele oder persönliche Zwecke veruntreut zu haben;
 - c. des Nepotismus in öffentlichen Institutionen und Unternehmen des Staatsschatzes sowie der politischen Korruption, wozu auch gehört, sich auf Beziehungen berufen zu haben;
 - d. des organisierten Systems, Hass in den Regierungsmedien und anderen Massenmedien zu säen, das gegen die Bürger, Akteure der Opposition und Aktivisten von Nichtregierungsorganisationen gerichtet war;
 - e. des Einsatzes öffentlicher Mittel und Institutionen wie Medien und Unternehmen mit staatlicher Beteiligung, um Einfluss auf Wahlentscheidungen der Gesellschaft zu nehmen;
 - f. der Dokumentenfälschung [...]

[...]

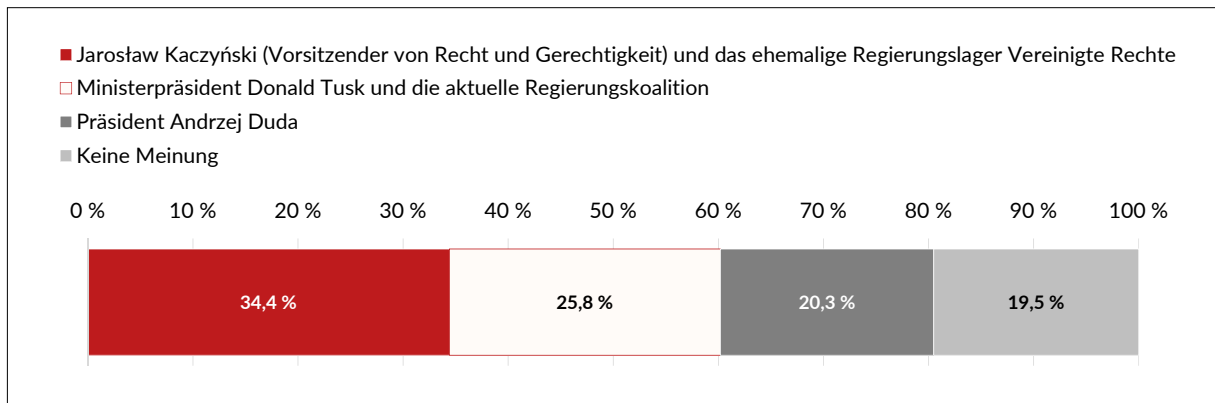
Übersetzung aus dem Polnischen: Silke Plate

Quelle: *Rzeczpospolita*, <https://www.rp.pl/polityka/art39387381-pelny-tekst-umowy-koalicyjnej-ko-psl-polski-2050-i-lewicy> (abgerufen am 13.02.2024).

UMFRAGEN

Die politische Stimmung in der polnischen Bevölkerung

Grafik 1: Wer ist verantwortlich für die Verfassungskrise und das Durcheinander um die Verurteilungen und Abgeordnetenmandate von Mariusz Kamiński und Maciej Wąsik?



Recht und Gerechtigkeit/Prawo i Sprawiedliwość – PiS;

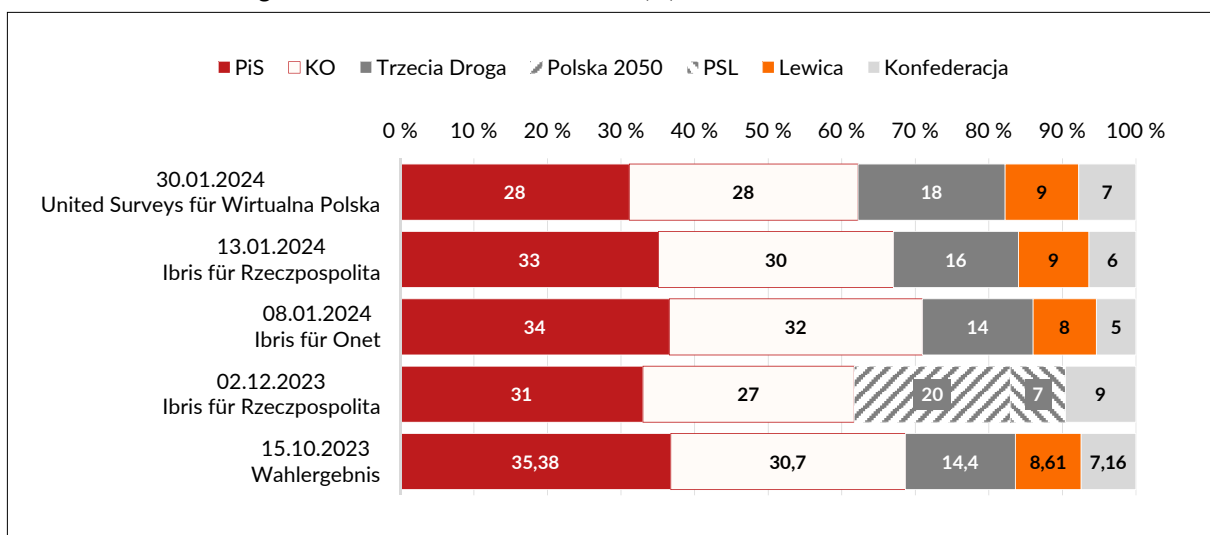
Vereinigte Rechte/Zjednoczona Prawica (2015–2023)

Aktuelle Regierungskoalition: Bürgerkoalition (Koalicja Obywatelska – KO), Dritter Weg (Trzecia Droga) und Die Neue Linke (Nowa Lewica)

Umfrage durchgeführt am 10.01.2024 von United Surveys für »Wirtualna Polska«.

Zitiert nach: Dziennik Gazeta Prawna, 12.01.2024. <https://www.gazetaprawna.pl/wiadomosci/kraj/artykuly/9401878,kto-odpowiada-za-kryzys-kaminski-wasik-polacy-wskazali-winnego-sonda.html> (abgerufen am 14.02.2024).

Grafik 2: Zustimmung zu Parteien und Parteibündnissen (%)



PiS – Prawo i Sprawiedliwość/Recht und Gerechtigkeit; KO – Koalicja Obywatelska/Bürgerkoalition; Trzecia Droga/Dritter Weg = Bündnis aus: Polska 2050/Polen 2050 und PSL – Polskie Stronnictwo Ludowe/Polnische Bauernpartei; Lewica/Die Linke; Konfederacja/Konföderation

Quellen: Ibris.pl. <https://ibris.pl/aktualne-dane-z-sondazy/> (abgerufen am 08.02.2024); <https://tvn24.pl/polska/wybor-y-2024-najnowsze-sondaze-partyjne-united-surveys-cbos-ibris-zestawienie-sondazy-7719766> (abgerufen am 08.02.2024).

CHRONIK

06. – 19. Februar 2024

06.02.2024	Das Ministerium für Nationale Bildung teilt mit, dass unter der Regierung von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) im Institut für Bildungsforschung (Instytut Badań Edukacyjnych – IBE), Abteilung für Digitalisierung der Bildung und Wissenschaft, 40 Mio. Zloty für Projekte und Produkte ausgegeben wurden, die nicht oder nur eingeschränkt laufen. Zudem sei keine Digitalisierungsstrategie entwickelt worden. Das Ministerium kündigt eine Anhörung an. Außerdem wird sich die Oberste Kontrollkammer (Najwyższa Izba Kontroli – NIK) mit der Angelegenheit befassen.
07.02.2024	Mariusz Kamiński und Maciej Wąsik, Politiker der Partei Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS), versuchen in das Sejmgebäude zu gelangen, unterstützt von einer Gruppe PiS-Politiker, u. a. dem Parteivorsitzenden Jarosław Kaczyński. Es kommt zu Rangeleien mit der Parlamentswache; Kamiński und Wąsik werden die Türen des Parlamentsgebäudes verschlossen. Beide waren im Dezember 2023 rechtskräftig zu zwei Jahren Freiheitsentzug verurteilt worden; auf Beschluss von Sejm marschall Szymon Hołownia haben sie ihr Abgeordnetenmandat verloren. Im Januar 2024 wurden beide von Präsident Andrzej Duda begnadigt.
07.02.2024	Der Sejm befasst sich in Erster Lesung mit einer Novelle des Gesetzes über die Hilfe für ukrainische Staatsbürger im Zusammenhang mit dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine. U. a. sieht die Novelle vor, dass der Aufenthalt für Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine in Polen bis zum 30. Juni 2024 als legal anerkannt wird. Zurzeit gilt als Enddatum der 4. März 2024.
08.02.2024	Verteidigungsminister Władysław Kosiniak-Kamysz stellt im Verteidigungsausschuss vorläufige Ergebnisse des Offenlegungsberichtes über die Maßnahmen der Verteidigungsminister der Vorgängerregierung vor. Er kritisiert, dass unter der Regierung von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) in den letzten zwei Jahren keine Überarbeitung oder Neuaufstellung der Nationalen Sicherheitsstrategie stattgefunden habe. Sie stamme noch aus dem Jahr 2022. Außerdem sei die aktuell geltende Politisch-Strategische Verteidigungsdoktrin aus dem Jahr 2018. Es sei daher unklar, ob die von der PiS getroffenen Entscheidungen über die Entwicklung der Streitkräfte und die getätigten Rüstungseinkäufe dem tatsächlichen Bedarf der Streitkräfte entsprächen.
09.02.2024	Sejm marschall Szymon Hołownia, Parteivorsitzender von Polen 2050 (Polska 2050), schreibt im Nachrichtendienst »X«, dass es Parteimitgliedern oder Angestellten von Polen 2050 verboten sei, in Vorstände oder Aufsichtsräte von Unternehmen mit Staatsbeteiligung berufen zu werden. Sollten sie bereits einen solchen Posten besetzen, müssen sie von diesem zurücktreten. Zuvor hatte er einen Gesetzesentwurf zur Entpolitisierung der Unternehmen mit Staatsbeteiligung angekündigt. Der Hintergrund ist, dass unter der Vorgängerregierung staatliche und öffentliche Einrichtungen vorrangig mit Parteimitgliedern und -anhängern besetzt worden waren.
12.02.2024	Ministerpräsident Donald Tusk reist zu seinem Antrittsbesuch nach Paris. Gegenüber den Medien betonen er und der französische Präsident Emanuel Macron die Bedeutung der polnisch-französischen Beziehungen im Forum der Europäischen Union und der NATO. Als Schlüsselbereiche der bilateralen Zusammenarbeit nennt Tusk Verteidigung, Energiesicherheit und Lebensmittelsicherheit.
12.02.2024	Bundeskanzler Olaf Scholz empfängt in Berlin Ministerpräsident Donald Tusk zu seinem Antrittsbesuch. Auf einer Pressekonferenz sprechen sie sich für die Nutzung des Formats »Weimarer Dreieck« (Deutschland, Frankreich, Polen) aus, um zu dritt eine gemeinsame Position in der Europäischen Union etwa in Fragen der gemeinsamen europäischen Sicherheit und der Unterstützung für die Ukraine im russischen Angriffskrieg zu entwickeln. Gefragt, ob Tusk die von der Vorgängerregierung Polens von Deutschland geforderten Kompensationszahlungen für Schäden und Verluste infolge des Zweiten Weltkrieges weiterverfolgen werde, sagt er, die Angelegenheit der Reparationen sei im formale Sinne vor vielen Jahren bereits abgeschlossen, jedoch sei eine materielle oder moralischen Wiedergutmachung nicht realisiert worden. Deutschland habe nach Meinung Tusks »hier etwas zu tun«. Jedoch wolle er im Gegensatz zur Vorgängerregierung von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) im Dialog Entscheidungen treffen, die für beide Seiten zufriedenstellend seien.
12.02.2024	In La Celle-Saint-Cloud bei Paris empfängt der französische Außenminister Stéphane Séjourné Außenminister Radosław Sikorski und Bundesaußenministerin Annalena Baerbock. Themen sind die Reaktivierung des von den drei Ländern gebildeten Formats »Weimarer Dreieck«, die Unterstützung der Ukraine, gegen die Russland Krieg führt, und die Bekämpfung russischer Desinformationskampagnen gegen westliche demokratische Länder und Institutionen.
15.02.2024	Nach dem Treffen der Verteidigungsminister der NATO-Staaten in Brüssel teilt Verteidigungsminister Władysław Kosiniak-Kamysz mit, dass die NATO und die Ukraine gemeinsam ein Zentrum für die Analyse militärischer Erfahrungen aus dem russischen Angriffskrieg (Joint Analysis, Training and Education Centre – JATEC) aufbauen werden, das seinen Sitz in Bydgoszcz haben wird.

16.02.2024	In einer Erklärung des Außenministeriums nach der Nachricht vom Tod des in einem russischen Straflager inhaftierten russischen Oppositionellen Alexej Nawalny fordert das Außenministerium die unabhängige Untersuchung und vollständige Aufklärung der Todesumstände. Es ruft die gesamte demokratische Gemeinschaft auf, gemeinsam die russischen Machthaber zu verurteilen und entschlossene Schritte zu unternehmen, um die Verantwortlichen umgehend zu bestrafen.
16.02.2024	Maciej Bando, Regierungsbeauftragter für Energieinfrastruktur, empfängt den Botschafter der Republik Frankreich Etienne de Poncins und Vakis Ramany, Vizepräsident der Electricité de France (EDF) mit Verantwortungsbereich Entwicklung der Kernenergie. Bando unterstreicht, dass erneuerbare Energien und die Kernenergie die Grundlage für die Stromerzeugung im Rahmen der polnischen Energietransformation sein werden. Es habe für Polen Priorität, bei der Stromerzeugung Selbstversorger zu werden, so Bando. Die französische Seite unterstreicht weiter ihre Bereitschaft, sich am Bau eines zweiten Atomreaktors in Polen zu beteiligen.
18.02.2024	In einer Podiumsdiskussion auf der Münchner Sicherheitskonferenz sagt Außenminister Radosław Sikorski, Polen gehöre zur Spitzengruppe der Unterstützer der Ukraine, die von Russland seit zwei Jahren militärisch angegriffen wird. Allerdings seien die polnischen Bauern und LKW-Fahrer am unmittelbarsten von den Folgen des Krieges betroffen, da die Ukraine bedingungslos und ohne Übergangsfristen zum gemeinsamen Markt der Europäischen Union zugelassen worden sei. Es müsse hier über Lösungen verhandelt werden.
19.02.2024	Heute findet die erste Sitzung des konstituierten Untersuchungsausschusses zur sog. Pegasus-Affäre statt. Das Ziel des Ausschusses ist es, zu untersuchen, ob es legal war, dass die Regierung, die Geheimdienste und die Polizei die Überwachungssoftware Pegasus zwischen 2015 und 2023 gegenüber Oppositionspolitikern und anderen Personen des öffentlichen Lebens eingesetzt haben, und zu welchem Zweck dies geschah. Die Vorsitzende des Ausschusses ist Magdalena Sroka (Polnische Bauernpartei/Polskie Stronnictwo Ludowe – PSL).

Sie können die gesamte Chronik seit 2007 auch auf <http://www.laender-analysen.de/polen/> unter dem Link »Chronik« lesen.

ÜBER DIE POLEN-ANALYSEN

Die Polen-Analysen erscheinen zweimal monatlich als E-Mail-Dienst. Sie werden gemeinsam vom Deutschen Polen-Institut Darmstadt, der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und weiteren Partnern eines Konsortiums (siehe Titelseite) herausgegeben.

Ein Archiv der Polen-Analysen finden Sie im Internet unter www.laender-analysen.de/polen

Kostenloses Abonnement unter <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Diese Analysen finden Sie online als Lizenzausgabe auf bpb.de



Deutsches Polen-Institut Darmstadt (www.deutsches-polen-institut.de)

Das seit 1980 tätige Deutsche Polen-Institut Darmstadt (DPI) ist ein Forschungs-, Informations- und Veranstaltungszentrum für polnische Kultur, Geschichte, Politik, Gesellschaft und die deutsch-polnischen Beziehungen, die sich im Kontext der europäischen Integration entwickeln. Institutionelle Träger des DPI sind das Land Hessen, die Kultusminister der Länder, das Auswärtige Amt und die Wissenschaftsstadt Darmstadt. Einen wesentlichen Beitrag zur Verwirklichung der Institutsziele leisten private Stiftungen. Ziel der Vermittlertätigkeit des DPI ist es, »die zu interessieren, auf die es politisch, wirtschaftlich, gesellschaftlich und kulturell im deutsch-polnischen Verhältnis ankommt« (Leitlinien 1997). Es geht um die Entscheider und Multiplikatoren in Politik, Kultur, Bildung, Verwaltung, Medien und Wirtschaft. Das DPI versteht sich in Kooperation mit den Orten wissenschaftlicher Polen-Kompetenz an deutschen Hochschulen und Forschungsinstituten als verbindendes und vernetzendes Zentrum. Mit der 70.000 Bände zählenden multidisziplinären Fachbibliothek für Polen, die eine einzigartige Sammlung polnischer Belletristik in der Originalsprache und in deutscher Übersetzung umfasst, ist das DPI ein geschätzter Ort der Recherche und des wissenschaftlichen Arbeitens.

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen (www.forschungsstelle.uni-bremen.de)

1982 gegründet, widmet sich die Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen der interdisziplinären Analyse der Länder Ost- und Ostmitteleuropas in Zeitgeschichte und Gegenwart. Der Forschungsschwerpunkt liegt dabei auf der Rolle von »Dissens und Konsens«, von Opposition und Zivilgesellschaft in ihrem historischen, politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Kontext. Die Forschungsstelle besitzt in ihrem Archiv eine einzigartige Sammlung alternativer Kulturgüter und unabhängiger Texte aus den ehemaligen sozialistischen Ländern. Darunter befindet sich auch eine umfangreiche Sammlung des »Zweiten Umlaufs«, die das Schrifttum und Dokumente unabhängiger Initiativen und gesellschaftlicher Gruppen in Polen aus der Zeit von 1976 bis zum Umbruch umfasst. Hinzu kommt eine umfangreiche Bibliothek mit wissenschaftlicher Literatur. Mit Archiv, Bibliothek und zwei wissenschaftlichen Abteilungen ist die Forschungsstelle auch eine Anlaufstelle sowohl für Gastwissenschaftler als auch für die interessierte Öffentlichkeit.

Eine der Hauptaufgaben der Forschungsstelle ist die Information der interessierten Öffentlichkeit. Dazu gehören unter anderem regelmäßige E-Mail-Informationsdienste für Politik, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Medien.

Herausgeber:

Deutsches Polen-Institut, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Redaktion:

Dr. Andrzej Kaluza (verantwortlich) (Darmstadt) und Dr. Silke Plate (Bremen)
Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Prof. Dr. Stefan Garsztecki, Technische Universität Chemnitz
Dr. Agnieszka Łada-Konefał, Deutsches Polen-Institut, Darmstadt
Prof. Dr. Klaus Ziemer, Kardinal-Stefan-Wyszyński-Universität Warschau

Die Meinungen, die in den Polen-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.
Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Alle Ausgaben der Polen-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

ISSN 1863-9712 © 2024 by Deutsches Polen-Institut, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Kontakt: Dr. Andrzej Kaluza, Deutsches Polen-Institut, Residenzschloss 1, 64283 Darmstadt,
Tel.: +49/6151/4202-20, Fax: +49/6151/4202-10, E-Mail: kaluza@dpi-da.de, Internet: www.laender-analysen.de/polen



LÄNDER-ANALYSEN



Kostenlose E-Mail-Dienste: Länder-Analysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa, Osteuropa und Zentralasien. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Die Belarus-Analysen erscheinen fünf bis sechs Mal pro Jahr.
Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich
Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Die Polen-Analysen erscheinen mit Ausnahme einer Sommerpause an jedem ersten und dritten Mittwoch im Monat.
Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Russland-Analysen

Die Russland-Analysen erscheinen mit Ausnahme einer Sommerpause ein bis zwei Mal pro Monat.
Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich
Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Die Ukraine-Analysen erscheinen mit Ausnahme einer Sommerpause ein bis zwei Mal pro Monat.
Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Ukrainian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich
Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/uad.html>

Zentralasien-Analysen

Die Zentralasien-Analysen erscheinen sechs Mal pro Jahr.
Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>